Regierungsrat

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Bundesamt für Polizei fedpol
Chef Internationale
Polizei Kooperation IPK
Vizedirektor Simon Spörri
Guisanplatz 1a
3003 Bern

24. Juni 2024

Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Vizedirektor
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 10. April 2024 haben Sie uns eingeladen, zur Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 Stellung zu nehmen. Besten Dank für die Gelegenheit, uns zu dieser Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands äussern zu können.

Die zu übernehmende Verordnung bezweckt die Änderung der geltenden Verordnung (EU) 2018/1862. Neu sollen die Schengen-Staaten auf Vorschlag von Europol Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im SIS vornehmen können. Zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit im Schengen-Raum kann es im Einzelfall und unter gewissen Voraussetzungen angezeigt sein, Drittstaatsangehörige, die der Beteiligung an schweren kriminellen oder terroristischen Aktivitäten verdächtigt werden, im SIS auszuschreiben. Aus diesen Gründen unterstützen wir diese Möglichkeit.

Die innerstaatliche Umsetzung erfolgt durch eine Teilrevision des Bundesgesetzes über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (BPI). Die vorgeschlagenen Bestimmungen begrüssen wir. Dies gilt insbesondere für die abschliessende Aufzählung der schweren Straftaten, bei denen die Informationsgewinnung und der Informationsaustausch über Drittstaatsangehörige zulässig sein soll.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Peter Hodel
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber